Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen auch Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: M. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Lautermann, 290 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 3. Sonntag, 7. Januar. 1877.

Auf zur Wahl!

Wähler in Stadt und Land! In wenigen Tagen, in wenigen Stunden seid Ihr zur Wahl einer neuen Volksvertretung berufen. Ihr bildet dann ein großes nationales Schwurgericht, welches zu urtheilen hat über die herrschenden Personen und Zustände. Der Aermste unter Euch ist Richter über Kaiser und Reich. Dieses Richteramt, die höchste Bethätigung Eures staatsbürgerlichen Rechts, erheischt die gewissenhafteste Prüfung; von der Art und Weise, wie Ihr dasselbe ausübt, hängt Euer, Eurer Familien Wohl und Wehe ab.

Die Frage, die Ihr Euch vorzulegen habt, ist:

Sind die herrschenden Zustände in unserem Interesse, gereichen sie dem Volke zum Heil — oder nicht?

Mit der Beantwortung dieser Frage ist auch die Personenfrage beantwortet.

Findet Ihr, daß die herrschenden Zustände dem Volke zum Wohl gereichen, dann muß Euer Wahrspruch den Personen, welche die Träger der herrschenden Zustände sind, günstig lauten, und Ihr müßt Eure Stimme einem Candidaten geben, der sich Euch als Anhänger der herrschenden Zustände und Personen vorstellt.

Findet Ihr hingegen, daß die herrschenden Zustäne dem Volk nicht zum Wohl gereichen, dann muß Euer Wahrspruch den Personen, welche die Träger der herrschenden Zustäne sind, ungünstig lauten und Ihr müßt Eure Stimme einem Candidaten geben, der sich Euch als Gegner der herrschendn Zustände und Personen vorstellt und die Herbeiführung anderer Zustände erstrebt, welche das Wohl des Volkes verbürgen.

Mit Ausnahme der Sozialdemokraten sind sämmtlich politische Parteien für Aufrechterhaltung der herrschenden Zustände. Fortschrittler, Nationalliberale, Ultramontane, Conservative — sie alle sitzen auf einem und demselben Ast, auf dem Ast des Klassenstaats, des Staats der Reichen und Privilegirten. Diese Parteien bildeten bisher im Reichstag die Majorität. Mit ihrer Zustimmung wurden die Gesetze gemacht, die wir besitzen, sie bewilligten die Steuern, die Ihr zahlt; sie bewilligten sie nicht für Culturzwecke, nicht für die geistige und materielle Hebung des Volks, sondern für die Macht- und Militärzwecke der Regierung, für Rüstungen, die Europa beunruhigen, alle Staaten zu gleichem Vorgehen anreizen und uns statt des Friedens lebenständige Kriegsgefahr und Kriegsdrohung brachten.

Die politische Gesetzgebung dieser Parteien saugt die besten Kräfte der Nation auf, treibt Hunderttausende junger Männer über die heimathlichen Grenzen, in die Fremde — bei der vorjährigen Militäraushebung fehlten nicht weniger als 10,000 junge Männer von 20—23 Jahren —, untergräbt den Wohlstand und das Glück Hunderttausender von Familien und fordert jährlich immer größere Opfer, weil die Erfindung neuer Vernichtungsmaschinen in dem einen Staate den andern herausfordert, sofort noch bessere und kostspieligere Mordmaschinen zu beschaffen.

Die erste That des letzten Reichstags war — unter Beschönigung aller bisherigen constitutionellen Grundsätze — ein Militärgesetz gutzuheißen, das die Reichsregierung auf volle sieben Jahre vollständig unabhängig von der Volksvertretung machte, indem es ihr eine jährliche stehende Armee von 401,500 Mann, ohne die Einjährig-Freiwilligen und die Offiziere, zur Verfügung stellte. Was Napoleon III. nie seinem Mameluckenthum in der Kammer zu bieten gewagt, das bewilligte „leichten Herzens" die Mehrheit des deutschen Reichstags. In Folge dieser Bewilligungen sind die Kosten der stehenden Armee von 295,624,000 M. im Jahre 1874 auf 339,609,000 M. im Jahre 1876 gestiegen. Das Marine-Budget betrug 1874 13,834,000 M. und stieg im Jahre 1876 auf 21,068,000 M., ein volles Drittel mehr! Hierzu kommen noch der Reichsinvalidenfond mit 28,828,000 M., außerordentliche Ausgaben für das Reichsheer 35,893,000 M., außerordentliche Ausgaben für die Marine 4,770,000 M., in Summa für 1876 für militärische Ausgaben 430,168,000 M., was auf jeden Kopf der deutschen Bevölkerung 10½ M., auf die Familie von 5 Köpfen 52½ Mark beträgt. Und für das Jahr 1877 sind uns bereits neue Forderungen für Militärzwecke im Betrag von 20—30 Millionen Mark in Aussicht gestellt!

Zu obigen kolossalen Summen kommen weiter die Opfer, die jeder einzelne Soldat aus seinen oder seiner Angehörigen Mitteln zu bringen hat, weil er von seinem kärglichen Solde nicht leben kann; die Opfer, welche die Einzelstaaten, die Communen, zu bringen haben, der Verlust, welchen die brachliegende Arbeitskraft und die verminderte Consumtionsfähigkeit von über 400,000 jungen Männern erzeugt, die moralischen Nachtheile, welche sich in der 14fach höheren Selbstmordzahl im Soldatenstande gegenüber dem Civilstande und in den zahlreichen Selbstverstümmelungen und Desertionen in der Armee zeigen.

Fortschrittler, Nationalliberale, Ultramontane und Conservative haben alle diese Opfer bis heute gutgeheißen, ihr Widerspruch richtete sich nur auf Nebendinge; das System ließen sie unangetastet. Sie mäkelten an einzelnen Posten des Militäretats, stimmten aber regelmäßig für den Gesammtetat.

Wer die Rüstungen bewilligt, muß selbstverständlich auch die Mittel gewähren, und so sind die Zölle auf Kaffee, ausländischen Zucker, ausländischen Tabak, Thee, Reis u. s. w. mit 118,665,000 M. angesetzt, die Rübenzuckersteuer mit 50,502,000 M., die Salzsteuer mit 33,737,000 M., die inländische Tabaksteuer mit 1,795,000 M., die Branntweinsteuer mit 43,158,000 M., die Brausteuer mit 16,978,000 M., die Wechselstempelsteuer mit 7,344,000 M. u. s. w. u. s. w.

Diese enormen Steuern hat das Volk im Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse zu bezahlen, und da der Militärmoloch immer neue Opfer erfordert, ist man bereits daran, neue Steuern aufzuerlegen.

Bürger! Landleute! Arbeiter! hört was der gefeierte Reichskanzler Fürst Bismarck Euch zugedacht hat. Fürst Bismarck erklärte am 21. November 1875 im deutschen Reichstag:

„Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuert, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen gönne. Analog steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und allen diesen großen Verzehrungsgegenständen, gewissermaßen den Luxusgegenständen der großen Masse."

Wähler! Das sind die „Segnungen" und die „Verheißungen" des herrschenden Systems!

Statt des Friedens Krieg mit Kriegsgefahr in Permanenz.

Statt Förderung des Nationalwohlstands vermehrten Steuerdruck, Massenverarmung.

Statt der gerühmten „Machtstellung nach Außen" die kläglichste Abhängigkeit von dem barbarischen Rußland.

Statt Hebung der Industrie „Rückgang" auf gewerblichem und Handelsgebiete, das schmachvolle „Sedan" der Philadelphia-Weltausstellung.

Und die Bildung? Der Intelligenzstaat von dem Militärstaat erstickt, das Volksschulwesen schmählich vernachlässigt.

Das sind die Früchte des herrschenden Systems.

Wähler! Gefallen Euch diese Früchte? Wollt Ihr sie so lange genießen, bis Ihr vollends zu Grunde gerichtet seid?

Wenn ja, gut, dann wählt einen Fortschrittler, Nationalliberalen, Ultramontanen, Conservativen — gleichviel welche Sorte, im Wesentlichen sind all' diese Parteien einig, sind, kleine Differenzen abgerechnet, in Wirklichkeit nur Eine Partei. Wollt Ihr aber mit dem herrschenden System brechen, wollt Ihr ein Staats- und Gesellschaftssystem, welches dem Volk Frieden, Freiheit, Wohlstand, Bildung verbürgt, dann wählt einen Sozialdemokraten.

Wie jede neue Partei, welche die Privilegien der Herrschenden bedroht und der Ungerechtigkeit steuern will, wird die Sozialdemokratie verfolgt und verleumdet.

Dies ist das beste Zeugniß für die Sozialdemokratie. Die Verfolgungen beweisen, daß man mit Vernunftgründen uns nichts anhaben kann, und stärken uns nur, weil sie jeden unabhängig denkenden und für Recht fühlenden Menschen für unsere Sache gewinnen.

Und die Verleumdungen — sie bekunden ebenfalls nur die geistige Ohnmacht und den moralischen Bankerott unserer Gegner. Das Gerede vom „Theilen", von der „freien Liebe", „Weibergemeinschaft" 2c. ist nicht blos an sich albern, es ist auch sehr unvorsichtig, weil es die Krebsschäden der heutigen Gesellschaft aufdeckt. Daß ertappte Spitzbuben beim Davonlaufen am lautesten rufen: Packt den Dieb! ist jedem Schulkinde bekannt. Nun, diese Spitzbubenpraxis haben unsere Gegner sich angeeignet. Die „Theiler" rufen: Packt die Theiler! die Männer der „freien Liebe" und „Weibergemeinschaft" hüllen sich in den Mantel der Tugend und predigen die Heiligkeit der Ehe.

Wähler! Laßt Euch durch dieses Diebsmanöver nicht irreführen! Die Strousberg, Miquel, Wagener und andere große „Theiler" sind keine Sozialdemokraten; die reichen Wüstlinge, die sich Mätressen halten, die Fabrikanten, die aus ihren Arbeiterinnen sich Harems bilden, sind keine Sozialdemokraten. Packen wir die richtigen „Theiler" am Kragen, und legen wir den richtigen Pflegern der „freien Liebe" und „Weibergemeinschaft" nachdrücklich das Handwerk!

Und nun zur Wahlurne! Jeder Wähler heran! Keiner darf fehlen! Die Säumigen gilt's zu ermahnen, aufzurütteln!

Sage Keiner: Es nützt ja doch nichts!

Es nützt doch! Rom ist nicht in einem Tag erbaut worden. Wer den Obstbaum pflanzt, weiß, daß er nicht sofort Früchte von ihm ernten kann. Er pflanzt ihn, wenn nicht für sich, für seine Kinder.

Der Mensch unterscheidet sich dadurch von dem Thier, daß er an die Zukunft denkt, planmäßig für die Zukunft arbeitet. Wer nur thut, was augenblicklichen Erfolg verspricht, wer deshalb von der Wahlurne wegbleibt, weil er glaubt, es helfe ja doch nichts, steigt zum Thiere herab.

Ja: es hilft doch! Keine Kraft geht verloren, das lehrt uns die Wissenschaft. Kein Wille geht verloren, denn Wille ist Kraft. Die Wirkung mag momentan unbemerkbar sein, allein sie macht sich unfehlbar geltend.

Der Wille einer Minderheit kann natürlich den Willen der Mehrheit nicht überwinden. Und wir sind doch eine Minderheit. Gut. Aber was folgt daraus? Daß wir die Minderheit zur Mehrheit machen müssen.

Auf zur Wahl! Es gilt zu zeigen, daß seit 1874 — seit dem Tage der vorigen Wahl — die Zahl Derer, welche mit dem herrschenden System brechen wollen, gewachsen ist. Es gilt den Machthabern zu zeigen, daß das Volk, so weit es zum Bewußtsein gelangt ist, das herrschende System verurtheilt.

Je zahlreicher die Stimmen für das Mißtrauensvotum, desto gewichtiger, desto eindrucksvoller das Mißtrauensvotum, desto größer die Wirkung.

An die Wahlurne! An die Wahlurne!

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

II.

Herrn Dühring's zunächst hieher gehörige Schriften sind sein „Cursus der Philosophie", sein „Cursus der National- und Sozialökonomie" und seine „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus." Zunächst interessirt uns vorwiegend das erste Werk.

Gleich auf der ersten Seite kündigt Herr Dühring sich an als „denjenigen, der die Vertretung dieser Macht (der Philosophie) in seiner Zeit und für die zunächst absehbare Entfaltung derselben in Anspruch nimmt." Er erklärt sich also für den einzig wahren Philosophen der Gegenwart und „absehbaren" Zukunft. Wer von ihm abweicht, weicht ab von der Wahrheit. Viele Leute haben, schon vor Herrn Dühring, so etwas von sich selbst gedacht, aber er ist — außer Richard Wagner — wohl der Erste, der es von sich selbst gelassen ausspricht. Und zwar ist die Wahrheit, um die es sich bei ihm handelt „eine endgültige Wahrheit letzter Instanz."

Die Philosophie des Herrn Dühring ist „das natürliche System oder die Wirklichkeitsphilosophie ... die Wirklichkeit wird in ihm in einer Weise gedacht, die jede Anwandlung zu einer traumhaften und subjektivistisch beschränkten Weltvorstellung ausschließt." Diese Philosophie ist also so beschaffen, daß sie Herrn Dühring über die von ihm selbst nicht zu leugnenden Schranken seiner persönlich-subjektiven Beschränktheit hinaushebt. Es ist dies allerdings nöthig, wenn er im Stande sein soll, endgültige Wahrheiten letzter Instanz festzustellen, obwohl wir bis jetzt noch nicht einsehn, wie dies Wunder sich bewerkstelligen soll.

Dies „natürliche System des an sich für den Geist werthvollen Wissens" hat, „ohne der Tiefe des Gedankens etwas zu vergeben, die Grundgestalten des Seins sicher festgestellt." Von seinem „wirklich kritischen Standpunkt" aus bietet es „die Elemente einer wirklichen und demgemäß auf die Wirklichkeit der Natur und des Lebens gerichteten Philosophie, welche keinen blos scheinbaren Horizont gelten läßt, sondern in ihrer mächtig umwälzenden Bewegung alle Erden und Himmel der äußeren und inneren Natur aufrollt"; es ist eine „neue Denkweise", und ihre Resultate sind „von Grund aus eigenthümliche Ergebnisse und Anschauungen ... systemschaffende Gedanken ... festgestellte Wahrheiten". Wir haben in ihr vor uns „eine Arbeit, die ihre Kraft in der concentrirten Initiative suchen muß" — was das auch immer heißen möge; eine „bis an die Wurzeln reichende Untersuchung ... eine wurzelhafte Wissenschaft ... eine streng wissenschaftliche Auffassung von Dingen und Menschen ... eine allseitig durchdringende Gedankenarbeit ... ein schöpferisches Entwerfen der vom Gedanken beherrschbaren Voraussetzungen und Folgen ... das absolut Fundamentale". Er giebt uns auf ökonomisch-politischem Gebiet nicht nur „historisch und systematisch umfassende Arbeiten", von denen die historischen sich obendrein durch „meine Geschichtszeichnung großen Stils" auszeichnen und welche in der Oekonomie „schöpferische Wendungen" zu Wege brachten, sondern schließt auch mit einem eignen vollständig ausgearbeiteten sozialistischen Plan für die Zukunftsgesellschaft ab, der die „praktische Frucht einer klaren und bis an die letzten Wurzeln reichenden Theorie", und daher ebenso unfehlbar und alleinseligmachend ist wie die Dühring'sche Philosophie; denn „nur in demjenigen sozialistischen Gebilde, welches ich in meinem Cursus der National- und Sozialökonomie gekennzeichnet habe, kann ein echtes Eigen an die Stelle des blos scheinbaren und vorläufigen oder aber gewaltsamen Eigenthums treten". Wonach die Zukunft sich zu richten hat.

Diese Blumenlese von Lobpreisungen des Herrn Dühring durch Hrn. Dühring ließe sich leicht um's Zehnfache vermehren. Sie dürfte schon jetzt beim Leser einige Zweifel rege gemacht haben, ob er es wirklich mit einem Philosophen zu thun habe oder mit — aber wir müssen den Leser bitten sein Urtheil zurückzuhalten bis er die besagte Wurzelhaftigkeit wird näher kennen gelernt haben. Wir geben obige Blumenlese auch nur, um zu zeigen, daß wir nicht einen gewöhnlichen Philosophen und Sozialisten vor uns haben, der seine Gedanken einfach ausspricht und es der weiteren Entwicklung überläßt, über ihren Werth zu entscheiden, sondern mit einem ganz außergewöhnlichen Wesen, das nicht weniger unfehlbar zu sein behauptet, als der Papst, und dessen alleinseligmachende Lehre man einfach anzunehmen hat, wenn man nicht der verwerflichsten Ketzerei verfallen will. Wir haben es keineswegs mit einer jener Arbeiten zu thun, an denen alle sozialistischen Literaturen und neuerdings auch die deutsche überreich sind, Arbeiten, in denen Leute verschiedenen Kalibers sich in der aufrichtigsten Weise von der Welt über Fragen klar zu werden suchen, zu deren Beantwortung ihnen das Material vielleicht mehr oder weniger abgeht; Arbeiten, bei denen, was auch ihre wissenschaftlichen und literarischen Mängel, der sozialistische gute Wille immer anerkennenswerth ist. Im Gegentheil, Herr Dühring bietet uns Sätze, die er für endgültige Wahrheiten letzter Instanz erklärt, neben denen jede andre Meinung also von vorn herein falsch ist; wie die ausschließliche Wahrheit, so hat er auch die einzige streng wissenschaftliche Methode der Untersuchung, neben der alle andern unwissenschaftlich sind. Entweder hat er Recht — und dann stehn wir vor dem größten Genie aller Zeiten, dem ersten übermenschlichen, weil unfehlbaren Menschen. Oder er hat Unrecht, und auch dann, wie unser Urtheil immer ausfallen möge, wäre wohlwollende Rücksichtnahme auf seinen etwaigen guten Willen immer noch die tödtlichste Beleidigung für Herrn Dühring.

Wenn man im Besitz der endgültigen Wahrheit letzter Instanz und der einzig strengen Wissenschaftlichkeit ist, so muß man selbstredend für die übrige irrende und unwissenschaftliche Menschheit eine ziemliche Verachtung haben. Wir dürfen uns also nicht wundern, wenn Herr Dühring von seinen Vorgängern mit der äußersten Wegwerfung spricht, und wenn nur wenige, ausnahmsweise von ihm selbst ernannte große Männer vor seiner Wurzelhaftigkeit Gnade finden.

Hören wir ihn zuerst über die Philosophen: „Der jeder bessern Gesinnung baare Leibnitz, dieser beste unter allen höfisch mög-

lichen Philosophirern." Kant wird noch soeben geduldet; aber nach ihm ging alles drunter und drüber: es kamen die „Wüstheiten und ebenso läppischen als windigen Thorheiten der nächsten Epigonen, also namentlich eines Fichte und Schelling ... ungeheuerliche Zerrbilder unwissender Naturphilosophastrik ... die nachkantischen Ungeheuerlichkeiten" und „Fieberphantasien", denen die Krone aufsetzte „ein Hegel". Dieser sprach einen „Hegeljargon" und verbreitete die „Hegelseuche" vermittelst seiner „überdies noch in der Form unwissenschaftlichen Manier" und seiner „Eruditäten".

Den Naturforschern geht's nicht besser, doch wird nur Darwin namentlich aufgeführt und so müssen wir uns auf diesen beschränken: „Darwinistische Halbpoesie und Metamorphosenfertigkeit mit ihrer grobsinnlichen Enge der Auffassung und Stumpfheit der Unterscheidungskraft. ... Unseres Erachtens ist der specifische Darwinismus, wovon natürlich die Lamarck'schen Aufstellungen auszunehmen sind, ein Stück gegen die Humanität gerichtete Brutalität."

Am schlimmsten aber kommen die Sozialisten weg. Mit Ausnahme von allenfalls Louis Blanc — dem unbedeutendsten von Allen — sind sie allzumal Sünder und mangeln des Ruhms, den sie vor (oder hinter) Hrn. Dühring haben sollten. Und nicht nur der Wahrheit und Wissenschaftlichkeit, nein, auch dem Charakter nach. Mit Ausnahme von Babeuf und einigen Communards von 1871 sind sie allesammt keine „Männer". Die drei Utopisten heißen „sociale Alchymisten". Von ihnen wird Saint-Simon noch insoweit glimpflich behandelt, als ihm blos „Ueberspanntheit" vorgeworfen und mitleidig angedeutet wird, er habe an religiösem Wahnsinn gelitten. Bei Fourier dagegen reißt Herrn Dühring die Geduld vollständig. Denn Fourier „enthüllte alle Elemente des Wahnwitzes ... Ideen, die man sonst am ehesten in Irrenhäusern aufsucht ... wüsteste Träume ... Erzeugniß des Wahnwitzes. ... Der unsäglich alberne Fourier", dies „Kinderköpfchen", dieser „Idiot" ist dabei nicht einmal ein Sozialist; sein Phalanstère ist durchaus kein Stück rationeller Sozialismus, sondern „ein nach der Schablone des gewöhnlichen Verkehrs konstruirtes Mißgebilde." Und endlich: „Wenn diese Auslassungen (Fouriers über Newton) ... nicht genügen, um sich zu überzeugen, daß in Fouriers Namen und am ganzen Fourierismus nur die erste Silbe (fou — verrückt) etwas Wahres besagt, der dürfte selbst unter irgend eine Kategorie von Idioten einzureihen sein. Endlich, Robert Owen „hatte matte und dürftige Ideen ... sein im Punkte der Moral so rohes Denken ... einige in's Verschrobene ausgeartete Gemeinplätze ... widersinnige und rohe Anschauungsweise ... Owen's Vorstellungslauf ist kaum werth, daß man eine ernstere Kritik zur Geltung bringe ... seine Eitelkeit" u. s. w. Wenn also Herr Dühring die Utopisten nach ihren Namen äußerst geistreich folgendermaßen kennzeichnet: Saint-Simon — saint (heilig), Fourier — fou (verrückt), Enfantin — enfant (kindisch), so fehlt nur noch, da er hinzusetzt: Owen — o weh! und eine ganze, bedeutende Periode der Geschichte des Sozialismus ist mit vier Worten einfach — verdonnert, und wer daran zweifelt, der „dürfte selbst unter irgend eine Kategorie von Idioten einzureihen sein".

Von den Dühring'schen Urtheilen über die späteren Sozialisten nehmen wir der Kürze halber nur noch die über Lassalle und Marx heraus.

Lassalle: „pedantisch-klaubende Popularisirungsversuche ... überwuchernde Scholastik ... ungeheuerliches Gemisch von allgemeiner Theorie und kleinlichem Quark ... sinn- und formlose Hegelsuperstition ... abschreckendes Beispiel ... eigne Beschränktheit ... Wichtigthuerei mit dem gleichgültigsten Kleinkram ... unser jüdischer Held ... Pamphletschreiber ... ordinär ... innere Haltungslosigkeit der Lebens- und Weltanschauung."

Marx: „Beengtheit der Auffassung ... seine Arbeiten und Leistungen sind an und für sich, d. h. rein theoretisch betrachtet, für unser Gebiet (die kritische Geschichte des Sozialismus) ohne dauernde Bedeutung, und für die allgemeine Geschichte der geistigen Strömung höchstens als Symptome der Einwirkung eines Zweiges der neuern Sektenscholastik anzuführen ... Ohnmacht der konzentrirenden und ordnenden Fähigkeiten ... Unförmlichkeit der Gedanken und des Stils, würdelose Allüren der Sprache ... englisirte Eitelkeit ... Düpirung ... wüste Konceptionen, die in der That nur Bastarde historischer und logischer Phantastik sind ... trügerische Wendung ... persönliche Eitelkeit ... schnöde Manierchen ... schnoddrig ... schöngeistige Plätzchen und Mätzchen ... Chinesengelehrsamkeit ... philosophische und wissenschaftliche Rückständigkeit."

Und so weiter, und so weiter — denn auch dies ist nur eine kleine, oberflächliche Blumenlese aus dem Dühring'schen Rosengarten. Wohlverstanden, vor der Hand geht es uns noch gar nichts an, ob diese liebenswürdigen Schimpfereien, die es Herrn Dühring, bei einiger Bildung, verbieten sollten, irgend etwas schnöde und schnoddrig zu finden, ebenfalls endgültige Wahrheiten letzter Instanz sind. Auch werden wir uns — jetzt noch — hüten, irgend einen Zweifel an ihrer Wurzelhaftigkeit laut werden zu lassen, da man uns sonst vielleicht sogar verbieten dürfte, die Kategorie von Idioten auszusuchen, zu der wir gehören. Wir haben es nur für unsere Schuldigkeit gehalten einerseits ein Beispiel davon zu geben, was Herr Dühring „das Gewählte der rücksichtsvollen und im echten Sinn des Worts bescheidenen Ausdrucksart" nennt, und andrerseits festzustellen, daß bei Herrn Dühring die Verwerflichkeit seiner Vorgänger nicht minder feststeht, als seine eigne Unfehlbarkeit. Hiernach ersterben wir in tiefster Ehrerbietung vor dem gewaltigsten Genius aller Zeiten — wenn sich das Alles nämlich so verhält.

(Fortsetzung folgt.)

Eine internationale Kundgebung.

Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir die Behauptung aussprechen, daß die Arbeiter der gesammten civilisirten Welt mit Spannung dem Ausgange des Wahlkampfes am 10. Januar entgegensehen. Zwar wissen wir Alle, daß der 10. Januar die endgültige Entscheidung nicht bringt und daß die Arbeiterklasse, da sie nach wie vor ihre Arbeitskraft den herrschenden Klassen zur Verfügung stellen muß, bis auf weiteres auch alle die Leiden und Bedrückungen wird erdulden müssen, welche durch die heut übliche Form der Arbeit — die Lohnarbeit — bedingt sind. Nichtsdestoweniger ist der 10. Januar von der höchsten prinzipiellen Bedeutung für die proletarische Bewegung der ganzen Welt, denn an diesem Tage soll das deutsche Proletariat seine Stimme erheben, um, allen Bedrückern vernehmlich, zu protestiren gegen einen Gesellschaftszustand, der die Menschenfamilie zu Gunsten einiger Weniger in einander feindliche Klassen spaltet.

In richtiger Würdigung dieser Aufgabe haben denn auch die ihrer Klassenlage sich bewußten, also die sozialistisch gesinnten Arbeiter Deutschlands nicht geruht und nicht gerastet, um ihre Arbeitsgenossen über die unwürdige Stellung aufzuklären, welche sie in der heutigen Gesellschaft einnehmen. Sie haben durch Wort und Schrift stets und überall die Vorurtheile und die Unkenntniß zu bannen gesucht, mochten diese nun nationaler, religiöser oder sonst welcher Natur sein.

Und in diesem Sinne ist denn auch ein Aufruf aufzufassen, welchen das Centralwahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in dem in Kopenhagen erscheinenden „Sozialdemokraten" bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahlen an die dänischen Arbeiter in Schleswig erlassen hat. Nur eine Stelle aus diesem Aufruf möge hier Platz finden. Sie lautet:

„Die von den dänischen Grundbesitzern und deren Freunden in den Städten aufgestellten Candidaten können niemals geeignet sein, die Interessen des Volkes zu wahren. Niemand kann zwei Herren dienen! Das Interesse der Besitzenden steht dem Interesse des arbeitenden Volkes entgegen. Die Arbeiterfrage ist eine internationale Frage; das Interesse der dänischen Arbeiter ist genau das gleiche wie das der deutschen Arbeiter, und nur die wahre Volkspartei, die Sozialdemokratie, meint es ehrlich mit dem Gedanken der Völkerverbrüderung.

„Laßt Euch deshalb dadurch nicht irre führen, daß die sozialistischen Candidaten nicht der dänischen Nationalität angehören; sie vertreten des Volkes Sache ohne Rücksicht, ob dänisch oder deutsch! Gebet ihnen daher Eure Stimmen.

„Weil sie in Wahrheit für das Volk kämpfen und weil sie der sozialistischen Arbeiterpartei angehören, werden sie von den Besitzenden „Reichsfeinde" genannt — aber den gleichen Namen führen ja auch die Candidaten der dänisch gesinnten Bourgeoisie!

„Daher noch einmal, Arbeiter, stimmet für die sozialistischen Candidaten — dann wählet ihr Männer, die in die Schranken treten werden für des Volkes und für Eure Rechte."

Diesen Aufruf begleitet der Vorstand der dänischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit einer warmen Ansprache an die „Schleswig'schen Brüder", die wir um so lieber in ihrem ganzen Umfange zum Abdrucke bringen, als sie gegenüber der systematischen Völkerverhetzung der herrschenden Klassen von Neuem dokumentirt, daß nur der Sozialismus allein der Menschheit Friede und Wohlfahrt bringen kann. Hoffentlich werden die dänischen Arbeiter in Schleswig den Mahnruf ihrer landsmännischen Arbeitsgenossen beherzigen und am 10. Januar durch die Wahl von Arbeitercandidaten die Erwartungen erfüllen, welche an sie gestellt werden.

Die Ansprache lautet:

Schleswigsche Brüder!

Es kann unmöglich Eurer Aufmerksamkeit entgangen sein, daß das ganze Volk in Dänemark, Eure früheren Landsleute, in dieser Zeit einen harten Kampf besteht zur Bewahrung des Bischen Freiheit, das wir im Jahre 1848 endlich erreichten.

Die Männer, die des Bauern und Arbeiters Selbständigkeit hier in Dänemark bedrohen, die Männer, die mit Freuden unsere gesetzgebende Versammlung heimjagen würden und jede Volksversammlung zerstreuen möchten, wenn sie ebensoviel Macht wie Lust dazu hätten, — diese Männer gehören genau derselben Klasse an, wie Eure jetzigen sogenannten „dänischgesinnten" nationalliberalen Führer in Schleswig.

Wenn Ihr glaubt, daß der nationalliberale Kapitalist und Bourgeois ein wahres Gefühl für sein Vaterland und Volk hat, so irret Ihr Euch.

Die Kapitalisten, von welcher Nation sie auch sein mögen, in welchem Lande sie auch wohnen, welche Sprache sie auch sprechen, sie haben nur den einzigen Trieb, Geld zusammenzuraffen durch die Arbeit Anderer.

Erhalten sie die gesetzliche Erlaubniß, die Ausplünderung in Ruhe auszuführen, dann sind sie zufrieden mit der Regierung, selbst mit der unbeschränktesten; ist aber die Regierung gegenüber ihren Interessen gleichgiltig, unterdrückt sie beide, Reiche und Arme, brandschatzt sie beide, Vermögen und Arbeit, reißt sie beide, Bourgeois und Proletarier, zum Kriegsdienst, dann wird der Kapitalist plötzlich „Arbeiterfreund" und greint Krokodilsthränen über die „Unterdrückung seiner armen Brüder".

So verhält es sich nun genau in Schleswig. Hätte die preußische Regierung minder hohe Steuern aufgelegt, hätte sie es unterlassen, die Söhne der Bourgeois zum Kriegsdienst zu ziehen und ihnen Zugang zu den fetten Aemtern des Landes gegeben, dann wäre der „dänische Patriotismus" der nationalliberalen Kapitalisten und freiheitsfeindlichen Besitzer bald verdunstet. Aber das that die Regierung nicht; sie ließ ihre schwere Hand auf Alle fallen vom Höchsten bis zum Geringsten. Und darum geht im jetzigen Augenblicke der Gutsbesitzer dem armen Hausmann im gegenwärtigen Kampfe zur Seite.

Eine solche Vereinigung ist aber unnatürlich, da das Ziel beider Theile ein ganz ungleiches ist. Der Bourgeois ist aber auch stets der Führer und was er will, wohin er die Bewegung lenkt, das ist seine eigene Wohlfahrt. Wenn er diese erlangt hat, wird er sich der Sache entschlagen, sich zur Partei der Unterdrücker wenden und der Arbeiter wird dann hilfloser und unterjochter dastehen als früher.

Nein! schleswig'sche Arbeitskameraden, wollt ihr die Befreiung von den Leiden, unter denen Ihr schmachtet und die die gleichen in allen Ländern sind, dann müsset Ihr Euch den Bestrebungen anschließen, die überall vom vierten Stand begonnen werden, den Standesunterschied zu zerreißen und zu steigen auf die Höhe der anderen Klassen in der Gesellschaft.

Ueber die ganze civilisirte Welt haben sich politische Parteien gebilde, in innigster brüderlicher und geistiger Verbindung mit einande stehend, die mit den gleichen Mitteln kämpfen nach dem gleichen Ziele: der Befreiung der Arbeit. Hier sind Eure natürlichen Bundesgenossen, hier trefft Ihr Schicksalsgenossen im Leben und in der Hoffnung: hier könnet Ihr eine ehrliche Unterstützung erwarten, um jede berechtigte Forderung zu erkämpfen.

Oder tragen wir dänischen Arbeiter gar kein Bedenken, Euch zu rathen, daß Ihr jede widernatürliche Verbindung mit den Bourgeois und Kapitalisten, selbst wenn sie die gleiche Sprache reden wie Ihr, aufgebet und Euch der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands anschließet. Ihr könnet wahrlich vollständig überzeugt sein, daß — wenn Ihr bei der bevorstehenden Wahl im Januar die sozialdemokratischen Candidaten in den deutschen Reichstag durchsetzet — Ihr Eurer Nationalität, sowie Eure eigenen Wohlfahrt den größten Dienst erweiset, den deutschen Bourgeois aber zugleich die schwerste Niederlage beibriget; bleibet Ihr aber im Schlepptau der Nationalliberalen die ihre Parole von den größten Feinden der Volksfreiheit her in Dänemark erhalten, dann könnet Ihr auch überzeugt sein, daß Ihr alle Sympathien Eurer früheren Landsleute verliert, denn wir setzen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als die höchsten Güter weit über Vaterland und Nationalität.

Stimmet also für die Arbeiter-Candidaten und unsere besten Wünsche folgen Euch zum Wahlkampfe — es ist ja unsere, ja der ganzen Menschheit Sache, die Ihr dann verfechtet.

Mit sozialdemokratischem Handschlag und Gruß!

Kopenhagen, den 14. Dezember 1876.

Im Namen der dänischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

Louis Pio.

Aus der Reichshauptstadt.

(Correspondenz aus der „Neuen Freien Presse".)

(Schluß.)

Jetzt tritt ein Herr in die Ruhmeshalle und fordert die „Germania". Der Registrator hat das Aktenstück mit einem Griffe. Ich kenne den alten Herrn schon lange. Er hat unter jedem Systeme treu gedient. Unter Manteuffel wie unter Auerswald, in der Conflikts- und in der Versöhnungs-Aera hat seine inspirirte Feder die „gute" Sache verfochten. Jetzt genießt er das Gnadenbrot als — Nun, wie soll ich sagen? In dem Nebenzimmer ist sein Platz. Da sitzt er einem ebenso alten Collegen gegenüber. Beide arbeiten mit dem Rothstifte. Sie fahnden in den Blättern auf Beleidigungen gegen ... Es ist heute gerade Ebbe. Sie legen den Rothstift weg und sehen sich gähnend an. Ich weiß nicht, warum ich bei ihrem Anblick an Frießhardt und Leuthold denken muß. Sie stehen doch wahrlich nicht vor einem leeren Hut Schildwach, sondern vor einem geistvollen Kopfe, aber mir ist, als drückten heute ihre Mienen einen Dialog aus, wie den folgenden:

Frießhardt:

Wir passen auf umsonst. Es will sich Niemand
Heran begeben und dem Herrn die Reverenz
Verweigern, 's war doch sonst wie Fasching hier;
Jetzt ist die ganze Presse wie verödet,
Seitdem der Tessendorf .....

Leuthold:

Nur schlecht Gesindel läßt sich sehn und schwingt
Uns zum Verdienste die zerlumpten Mützen,
Was rechte Leute sind, die machen lieber
Den weiten Phrasen-Umweg um die Sache,
Ehe sie nicht beugten ihren Rücken!

Frießhardt:

Jüngst meint' ich schon, 'nen guten Fang zu thun,
Doch wie ich zwei Mal das Pasquill gelesen,
Da war ein Kanzler Albion's gemeint,
Der Baron unter Queen Elisabeth,
Nicht der unsere .....

Leuthold:

Höre, Gesell, es fängt mir an zu deuchten,
Wir stehen hier am Pranger mit dem Rothstift;
's ist doch ein Schimpf für Unser Einen, glaub' ich,
Schildwach zu stehen und mit den Augen spähn,
Ob tief genug die Reverenz gemacht.
Es ist doch, traun, ein närrischer Befehl,
Und jeder rechte Kerl muß uns verachten.

Frießhardt:

Der alte Fritz hing die Pasquille tiefer.

(Ein Bote bringt frisch von der Presse die H'sche, die N. N., die W. W. u. s. w.)

Leuthold:

Wollt ihr vom Platz! Verwünschtes Volk der Weiber!
Wer fragt nach euch? Schickt eure Männer her,
Wenn sie der Muth sticht, dem Befehl zu trotzen.

(Die genannten Zeitungen wandern ungelesen in den Papierkorb.)

Ich bitte dieses Gespräch nicht mißzudeuten. Wenn Leuthold spricht von „schlecht Gesindel, das die zerlumpten Mützen schwingt", so habe ich blos an dem Schiller'schen Texte nichts ändern wollen. Aber leugnen kann ich es nicht, daß ich in diesem und jenem Aktenstücke der dunkeln Halle — ich meine die Registratur — unter den Personalien beinahe etwas Aehnliches stehen sah. Das ist nicht meine Schuld. Ich reproducire nur den Kanzleistyl jener Aktenstücke. Da heißt es z. B.: „Intellektueller Redakteur H., charakterloser Mensch, hat allen Parteien schon gedient, um jeden Preis feil, lange Zeit Augustenburger, gab zuletzt in Y. ein kleines Skandalblatt heraus, war finanziell zerrüttet, bis ihm die Redaktion der mit Z.'schem Gelde gegründeten D. D. übertragen wurde, lebt seitdem auf großem Fuße, schreibt selber nur unbedeutende Sachen, stets so und so gezeichnet, wiederholt wegen Preßvergehen bestraft, das letzte Mal wegen Beleidigung des .... zu 5 Monaten ꝛc." — Ich weiß in der That nicht, welches Blatt und welcher Redakteur in Oberbayern oder Oberschlesien oder in der Welt damit gemeint sind. Mir ist los das Gerippe der Personalia mitgetheilt worden, wie ich es oben Obigem wiedergegeben habe, lediglich als Probe des Styles in der Ruhmeshalle. Die Fassung mag der jener beiden alten Herren verantworten, welche in dem Vorzimmer der Halle wie Frießhardt und Leuthold Wache halten, um alle Gazetten, die sich nicht geniren, nebenan einzusperren und die Personalien hinzuzufügen. „Des Landvogts oberherrliche Gewalt verachtet er nun will sie nicht erkennen", sagt Frießhardt bei Schiller. Im Kanzleistyl der Verleumdungs-Registratur wird das etwas anders ausgedrückt.

Die beiden Herren mit dem Rothstift, die „wohlbestallten Wächter", haben schließlich doch noch einige Sünder auf frischer That ertappt, die den Ehrengruß versagt. Die nächsten Tage fügen noch einige unbotmäßige Gazetten hinzu, und siehe da, die Nummern des Journals finden sich doch am Ende der Woche wieder um sieben vermehrt, trotz Tessendorf. Am Sonnabend geht der Geh. Rath X. — er hat das Decernat für Beleidigungs- und Verleumdungssachen — Vortrag beim Landvogt, falls dieser nämlich nicht Villeggiatur bis in den Winter hinein macht. Im letzteren Falle wird die Sache schriftlich abgemacht. Der mündliche Vortrag reducirt sich übrigens auch nur darauf, die Anträge an den Staatsanwalt zur Verfolgung von Gazetten zur Unterzeichnung vorzulegen. Der Inhalt der inkriminirten Pasquills wird nicht weiter erörtert. Die Herren Verleumder freuen sich, wenn sie glauben, der Landvogt kümmere sich um Gegen ihrer vergifteten Pfeile. Er unterzeichnet nur. Dazu müssen die Verleumdungen schon zu anderer Seite kommen, eine Parteiaktik verrathen, die Politik des hohen Herrn verdächtigen und im Auslande ihm das Spiel verderben, wenn er ernstlich sich darum bekümmern und böse werden soll. Dann appellirt er nicht an den Staatsanwalt, sondern replizirt im Reichstage, oder in der „Norddeutschen". Die Denunziation der gewöhnlichen Pasquille ist blos so eine kleine Schwäche, wie sie alle großen Männer haben. Friedrich II. ließ sie für das Publikum niedriger hängen, Fürst Bismarck zur Einsicht für den Staatsanwalt. Das ist der ganze Unterschied.

Dr. R.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Auf zu den Reichstagswahlen!“ Unter dieser Ueberschrift läßt Dr. Max Hirsch im „Gewerkverein“ vom 29. Dezember v. J. einen Leitartikel los, in welchem er den Gewerkvereinlern die Stellung anweist, die sie bei den Reichstagswahlen einzunehmen haben. Die Gewerkvereinler dürfen danach einem Agrarier, Schutzzöllner oder Zünftler ihre Stimme nicht geben, und selbst den Nationalliberalen, für welche früher noch gestimmt werden durfte, wird der Laufpaß gegeben, weil sie den „Namen „nationalliberal“ noch am Schluß der letzten Reichstagssession ein für allemal verscherzt haben“. Man sieht, auch die Gewerkvereinler haben ihre „reaktionäre Masse“. Es bleiben also noch die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, über welch Letztere sich Herr Hirsch wörtlich also ausläßt: „Wer das Programm der Sozialdemokratie liest, ohne die im Programm nicht ausgesprochenen Pläne zu kennen, der wird es fast Punkt für Punkt unterschreiben. Würden aber alle die Wähler, die für die Candidaten der Sozialdemokratie stimmen wollen, wissen, was die Partei eigentlich bezweckt, sie würden nie und nimmer für einen Sozialdemokraten stimmen. Denn mit vollster Gewißheit folgt auf den Mißbrauch der Freiheit, d. h. die Zügellosigkeit, die ärgste Reaktion. Und die Sozialdemokraten wollen nur die Zügellosigkeit, ihre Anhänger werden besonders für dieselbe präparirt. Da werden die schlimmsten Leidenschaften gehätschelt und gepflegt, da wird Haß und Verachtung gesäet, jede andere Ansicht gewaltsam unterdrückt, und nachdem man die Leute planmäßig demoralisirt hat, will man mit ihnen den Zukunftsstaat, die Commune gründen. Wird sich denn — wenn es einst dahin kommen sollte — der Umschwung in der Macht anders als auf blutigem Wege vollziehen lassen, wenn der eine Theil der Staatsbürger das Selbstbestimmungsrecht des Menschen gewahrt wissen, der andere, in gieriger Leidenschaft entflammt, das Privateigenthum abschaffen und die ganze Menschheit in die Zwangsjacke des Communismus stecken will? Nimmermehr!

Aber sehen wir ab von dem Wollen der Partei und sehen wir uns einmal die Thätigkeit der bisherigen Vertreter der Sozialdemokraten näher an, dann wird jeder unparteiische Mensch sagen, ehe solche Vertreter besser gar keine! Und in der That! Die Herren Sozialdemokraten haben in der Gesetzgebung eine glänzende Unreife an den Tag gelegt, selbst in denjenigen Zweigen, die speziell die Arbeiterfrage berühren, wie beispielsweise beim Hilfskassengesetz. Statt sich nun die mangelnden Kenntnisse durch eifriges Studium zu sammeln, haben sich die Herren stets auf Agitationsreisen befunden und durch ihre Abwesenheit zuweilen die besten gesetzlichen Bestimmungen in Frage gebracht.

Und selbst abgesehen davon, niemals könnte ein Gewerkvereinler seine Stimme einem Sozialdemokraten geben, ohne sein eigenes Nest zu besudeln, die eigene Partei zu verrathen. Jede Stimme eines Gewerkvereinlers würde einen Triumph der Gegner, einen Sieg des sozialdemokratischen Prinzips und die eigene Schmach bedeuten, da die Sozialdemokraten, so lange es Gewerkvereine giebt, dieselben nur stets verfolgt, verleumdet, mit Koth beworfen haben!“

Die in dem letzten gesperrten Satze aufgestellte Behauptung weisen wir als eine infame Lüge zurück. Nie hat die Sozialdemokratie die Gewerkvereine „verfolgt“, „verleumdet“ oder „mit Koth beworfen“, wohl aber hat sie es sich angelegen sein lassen, die Gewerkvereinsmitglieder auf die gerade nicht schmeichelhafte Rolle aufmerksam zu machen, welche sie als Schleppträger der Fortschrittspartei spielen. Und die Sozialdemokratie wird in diesem Bestreben fortfahren, da die Fortschrittspartei, weil sie in letzter Linie doch nur die Interessen der besitzenden Klassen vertritt, es nie und nimmer ehrlich mit den Arbeitern meinen kann. Was in dem obigen Citat der Sozialdemokratie sonst noch nachgesagt wird, halten wir der Widerlegung nicht werth — es riecht zu sehr nach „reaktionärer Masse“, zu der wir mit Verlaub des Herrn Hirsch auch die Fortschrittspartei zählen. Im Uebrigen wird ja der 10. Januar beweisen, welche Fortschritte die Sozialdemokratie gemacht hat — trotz Hirsch und Genossen!

— Weitere Wahlsiege — trotz Census werden gemeldet aus Deuben, wo bei der Gemeinderathswahl die Genossen Zimmermann und Eckstein als Candidaten der Unansässigen mit bedeutender Majorität gewählt wurden. Auch in Markersdorf gingen die Candidaten unserer unansässigen Gesinnungsgenossen durch. Ferner siegte die Sozialdemokratie in Frohnau bei Annaberg, in Einsiedel und in Bernsdorf. In Gablenz siegte die Sozialdemokratie bei der Wahl der Unansässigen, während bei den Ansässigen die Liberalen eine Mehrheit von 12 Stimmen erlangten.

— O welche Lust Soldat zu sein. Eine neulich in Königsberg bei 22 Grad Kälte angestellte Marschübung hat nach dem „Königsberger Communalblatt“ zur Folge gehabt, daß 9 Soldaten im Lazareth krank liegen und über 100 in den Revier-Quartieren an Frostschäden laboriren. Auch einige Offiziere sollen Verletzungen durch Frostschäden erlitten haben. Die Untersuchung ist eingeleitet.

„Die Untersuchung ist eingeleitet“ — das klingt ja entsetzlich! Da es sich aber um einen höheren Offizier handelt, so wird man natürlich ein Auge zudrücken und — vielleicht auf Versetzung erkennen; ihn in's Zuchthaus zu sperren wegen vorsätzlicher Körperverletzung, das geht nun einmal nicht, sintemalen Preußen ein Militär- und kein Rechtsstaat ist.

— Zur Notiz für gewisse Leute. (Aus dem Reichsstrafgesetzbuch.) § 107. Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. — § 108. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- oder Stimm-Zetteln oder -Zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebniß der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebniß verfälscht, wird mit Gefängniß von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft. Wird die Handlung von Jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Zettel oder Zeichen oder einer andern Verrichtung bei dem Wahlgeschäfte beauftragt ist, so tritt Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren ein. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — § 109. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

— Daß die Lage der niederen Postbeamten keine beneidenswerthe ist, haben nicht nur wir schon öfter Gelegenheit gehabt nachzuweisen, sondern der Staat giebt dies auch indirekt zu durch die „Gratifikationen“, mit welchen er diesen geplagten Staatsdienern alljährlich „unter die Arme greift“. In diesem Jahre scheint es mit diesen „Gratifikationen“ aber nicht sonderlich gut bestellt zu sein, wenn anders eine Zeitungsnotiz, welche jetzt die Runde macht, thatsächlich begründet ist. So sind auf den Postamtsbezirk Dresden 1000 Mark Gratifikationen für höhere und niedere Beamte gekommen. Abgesehen von der lächerlich geringfügigen Summe werden Gratifikationen noch oft genug nicht nach Verdienst, sondern nach persönlicher Gunst vertheilt, sie sind in Folge dessen häufig die Ursache der Corruption, Mißgunst und Liebedienerei. Man gebe den Postbeamten ein auskömmliches Gehalt, wie es ihrer angestrengten Arbeit entspricht, und sie selber werden mit Freuden auf die Gnadengeschenke verzichten.

— Das preußisch-deutsche Reich ist ein Militärreich. Am 1. d. Mts. war in Berlin „Jubelfeier des vor 70 Jahren erfolgten Eintrittes Sr. Maj. des Königs von Preußen und Kaisers von Deutschland in die Armee“. Bei dieser Gelegenheit sagte der König-Kaiser: „Meine Stellung brachte es mit sich, **daß der größte Theil meines Lebens der Armee gewidmet war**“. Glückliches stehendes Heer!

— Der Friede ist wieder einmal „gesichert“ — auf zwei Monate. Unmittelbar vor Ablauf des Waffenstillstandes zwischen der Türkei und den Serben-Montenegrinern hat die Conferenz eine Verlängerung desselben um weitere 2 Monate, also bis zum 1. März, beschlossen. Und da dies erfolgt ist, ohne daß die Türkei den Russen auch nur die geringste Concession gemacht hätte, so muß darin ein Rückzug und eine Niederlage Rußlands erblickt werden, das sich offenbar zu schwach fühlt, seine großmäuligen Drohungen schon jetzt zu verwirklichen. —

— Die Reptilienblätter sind auf's äußerste erbost über den von den sozialdemokratischen Abgeordneten in Aussicht gestellten Antrag auf Wiederherstellung Polens. „Wir sind begierig zu erfahren, sagt u. A. das Nürnberger Reptil, genannt „Courier“, wie es der Reichstag anfangen soll, Polen, in das sich drei Reiche getheilt haben, wiederherzustellen. Ein solcher Antrag dürfte doch nur in einem Narrenhaus, nicht aber im deutschen Reichstag die nöthige Unterstützung finden.“ Wegen der „nöthigen Unterstützung“ darf das Reptil außer Sorge sein — sie wird sich finden, ohne die Unterschriften der polnischen Abgeordneten, deren Unterschriften allein schon genügen würden. Und was das „Narrenhaus“ betrifft, so rathen wir dem Reptil, einmal die Geschichte des letzten polnischen Aufstandes zu studiren. Es wird dann finden, daß die unter den ungünstigsten Verhältnissen kämpfenden Polen damals nicht von der gesammten russischen Militärmacht niedergeworfen werden konnten. Was die Polen 1862 konnten, das können sie auch heute noch. Sie brauchten nur der Neutralität der beiden übrigen „Theile“, Preußens und Oesterreichs, versichert zu sein, so werden sie mit Rußland fertig. Nun ist es aber bekannt, daß Oesterreich, um sich des russischen Alps zu entledigen, schon wiederholt sich zur Herausgabe seiner polnischen Landestheile bereit erklärt hat. Es bliebe also blos der Widerstand Preußens zu überwinden. Wir dächten aber, wenn das deutsche Volk zur Einsicht gebracht würde — und eine Debatte im Reichstag trüge wesentlich dazu bei —, daß es nur ein Mittel gibt, Deutschland für immer von dem Freiheit und Cultur erstickenden Gewicht des nordischen Barbarenstaates zu befreien: nämlich die Wiederherstellung Polens, — dann wird auch mit der Zeit der Widerstand des preußischen Partikularismus gebrochen werden. Allerdings — für gewisse Leute wäre es sehr bequem, könnte man Jeden, der an das Leben und die Lebensfähigkeit Polens glaubt, in das „Narrenhaus“ bringen, und auf diese Weise die polnische Frage puttkammern. Wird aber nicht gelingen.

— Als Rußland vorigen Sommer und Herbst durch Truppensendungen nach Serbien die Neutralität so schamlos verletzte, sagte man zur Beschönigung dieser Handlungsweise, die russische Regierung werde von der Volksbewegung vorangetrieben. Diese „Volksbewegung“ war aber eine Polizeibewegung. Charakteristisch in dieser Beziehung ist die Thatsache, für welche wir einstehen können, daß es Polizeibeamte waren, die an vielen Orten die Sammlungen für Serbien leiteten, und daß Jeder, der sich weigerte, eine „freiwillige Spende“ zu geben, mit Gefängniß bedroht, erforderlichen Falls in's Gefängniß gesperrt wurde.

— Es wird in verschiedenen Zeitungen erzählt, als die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der dritten Berathung der Justizgesetze nach Annahme des ersten Compromißantrags den Saal verließen, hätte der fortschrittliche Abgeordnete Hänel mit ihnen zu unterhandeln versucht und sei brüsk mit den Worten abgewiesen worden: „Mit Ihnen haben wir nichts zu thun“. Die betreffende Notiz ist von A bis Z aus der Luft gegriffen.

Correspondenzen.

IX. **Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.** (Zur Wahlagitation.) In Neustadt fand am 2. Dezember eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. Die am 3. in Hasskrug, am 7. in Malente abgehaltenen Versammlungen waren sehr schwach besucht, da die schlechte Witterung die Leute zu Hause hielt. Herr Bäthke aus Berlin referirte zur Zufriedenheit aller Anwesenden über die Bestrebungen der Sozialdemokratie und die bevorstehende Reichstagswahl. Am 5. Dezember waren wir in Plön, konnten aber kein Lokal bekommen; daher mußte sich unsere Agitation auf kleinere Kreise beschränken. Am 6. Dez. fand in Oldenburg eine Versammlung statt; auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1) die ländliche Arbeiterfrage und die Sozialdemokratie, 2) die Reichstagswahl. Unser Referent Herr Bäthke führte in ruhiger und sachlicher Weise sein Referat durch und endete unter allseitigem Beifall. In seiner Rede hatte derselbe konstatirt, daß der Arbeiter im östlichen Holstein nur 80 Pf. täglich nebst einigen Nebenspesen verdiente. Wegen dieser Aeußerung wollte der frühere Landtagsabgeordnete, Gutsbesitzer Bedersen, den Referenten Lügen strafen und forderte diejenigen Arbeiter, deren täglicher Lohn nur 80 Pf. sei, auf, sich zu melden. Die Scheu, welche begründet ist in der abhängigen Lage der Arbeiter, hielt dieselben von diesem Schritte zurück. Doch erfuhr der feinfühlige Besitzer eine Bestätigung jener statistischen Zahl durch seinen Standesgenossen Herrn Lembke aus Bürau. Einige andere kritische Nörgeleien und Bemerkungen des Landtagsabgeordneten a. D., sowie des Maurermeisters Preuß, aus dessen Gehirn der Gedanke entsprang, daß es das Bestreben der Sozialisten sei, alle Menschen zu Professoren zu machen, widerlegte Herr Bäthke in kurzer, aber schlagender Weise. Ein Herr Wallstein leugnete das periodische Auftreten des Hungertyphus in Ost-Preußen; seine Geschichtskenntniß wurde in würdige Weise gegeißelt. Zum Schluß erhob sich der Abgeordnete Bedersen und forderte diejenigen, welche 80 Pf. täglich verdienten, noch einmal auf, sich zu melden. Jetzt traten etwa 10 Mann hervor und erklärten, daß sie nur 75 Pf. erhielten; Andere riefen: Viele von uns haben gar keine Arbeit. Diese Niederlage machte Herrn Bedersen zu dem Helden einer komischen Affaire. In seiner Verzweiflung tritt er auf Bäthke zu und ruft zornsprühend: „Wenn Herr Bäthke sich durch mich beleidigt fühlen sollte, so bin ich bereit, ihm mit Säbel und Pistolen Sattsfaktion zu geben“. Bäthke, ein handfester Metallarbeiter, sah sich mit ironischem Lächeln seinen duellustigen Gegner von Kopf bis zu Fuß an und sagte dann trocken: „Wenn der Herr einen guten Besenstiel zu Hause hat, dann können wir die Sache ausmachen.“ Unter nicht endenwollendem Gelächter der Versammlung drückte sich der tapfere Held Bedersen wie es schien beschämt hierauf zur Thür hinaus. Am 7. Dezbr. fand eine Versammlung in Ratzendorf statt, welche sehr gut besucht war. — Am 17. Dez. fand dann die Versammlung statt, in welcher der Beweis für das am 6. von uns Behauptete geführt werden sollte. Von gegnerischer Seite war der bekannte Herr Ließenberg aus Wandsbeck, von unserer Seite Bäthke erschienen. Da zur Eröffnungszeit der Versammlung die Arbeiter noch nicht zahlreich genug sich eingefunden, erhielten die Gegner den Vorsitz in der Person des Herrn Wallstein aus Oldenburg. Bäthke erhielt zuerst das Wort; er entwickelte in klarer und verständlicher Weise die Prinzipien der Sozialdemokratie, beleuchtete daneben auch die Grundsätze der anderen Parteien und schloß mit einer Aufforderung zum Anschluß an unsere Sache. Dann erhielt Herr Ließenberg das Wort. Das saubere Herrchen erklärte sich mit dem Referat des Herrn Bäthke vollkommen einverstanden, er sagte, Herr Bäthke hätte der Versammlung ganz aus dem Munde gesprochen; Prinzipien seiner liberalen Partei entwickelte der Herr Ließenberg sonst in keiner Weise — sie muß wohl überhaupt keine haben. Statt dessen erging er sich in allerlei Verleumdungen auf unsere Führer und ritt hauptsächlich auf Geib, Bebel und Liebknecht herum. Bei diesem Todtenritt endigte er mit einer Aufforderung zur Unterstützung des liberalen Kandidaten. Die Arbeiterführer, sagte er, haben es nur auf die Arbeiterpfennige abgesehen, das Prinzip der Sozialdemokratie sei reine Utopie; nicht sagte er zwar, daß er für diese seine unsauberen Reden 24 Thaler von Herrn Maurermeister Früß aus Oldenburg erhielt. Als nun nach ihm Bäthke das Wort ergreifen wollte, erklärte der Vorsitzende, daß er ihm das Wort zur Widerlegung nur auf eine Viertelstunde ertheilen könne. Da sich Bäthke gegen eine solche Beschränkung der Redezeit erklärte, erhob sich der überwachende Beamte, Herr Bürgermeister Brenken, und sagte, wenn man sich dem nicht füge, würde er die Versammlung auflösen. Obgleich nun von Bäthke auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht, so löste der Herr Bürgermeister trotzdem — durch Rockzupfen und die Zurufe: Herr Bürgermeister, lösen Sie doch auf! seitens der Liberalen dazu veranlaßt — eigenmächtig die Versammlung auf. Zur Fortsetzung der so abgeschnittenen Debatte wurde eine dritte Versammlung auf den 22. anberaumt. Als Bäthke nun am 18. diese beim Bürgermeister Brenken anmeldete, verweigerte Letzterer die Bescheinigung. Obgleich sofort auf seine ungesetzliche Handlungsweise aufmerksam gemacht, wollte er sich doch auf Nichts einlassen und so mußten wir erst telegraphisch bei der Regierung zu Schleswig Beschwerde führen. Indeß hielten wir in Neu-Ratiensdorf und in Burg auf Fehmarn am 18. und 19. gut besuchte Volksversammlungen ab. Als wir am 22. Abends nach Oldenburg zurückkehrten, lag schon eine Regierungsdepesche aus Schleswig an Bäthke vor, welche anzeigte, daß die Bescheinigung sofort ausgestellt werden würde. So konnten wir denn ungehindert die Versammlung abhalten, welche übrigens ruhig verlief; denn von den Gegnern, welche wohl bange geworden waren, war keiner erschienen. Einstimmig wurde in dieser Versammlung daher die Resolution gefaßt, fest und treu für den Arbeiterkandidaten Otto Reimer einzustehen.

Hadersleben (Nord-Schleswig). Den Stellmachern und Wagnern allerorts zur Nachricht, daß hierorts zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen eines Lohntarifs, welchen Erstere anerkannten und bewilligten, doch noch Differenzen ausgebrochen sind, indem dieselben sämmtliche Gesellen von der Arbeit ausschlossen und auf das Straßenpflaster warfen. So lohnt das Kapital dem Arbeiter, nachdem es in den guten Geschäftszeiten denselben bis auf das Mark ausgebeutet hat. Da nun die Mitgliedschaft Hadersleben erst seit einigen Monaten besteht, so ist es dringend geboten, den Zuzug streng fernzuhalten und die Strikenden nach Kräften zu unterstützen. An alle unserem Verein noch fernstehende Collegen geht der Mahnruf, immer mehr sich uns anzuschließen, damit wir immer besser organisirt dem Ausbeutungssystem einen Damm entgegensetzen können. Unterstützungen sende man an Christoph Fick, per Adresse Wwe. Hansen, Stellmacher-Herberge, Goßkerstraße, Hadersleben.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Delmenhorst, 2. Januar. Der 3. Oldenburgische Wahlkreis zählt zu denjenigen Kreisen, wo man noch nicht viel hat unternehmen können betreffs der Agitation. Diese wird nur von hier aus betrieben und die Mittel sind mit wenigen Ausnahmen nur von den hiesigen Cigarrenarbeitern aufgebracht. Auch ist sie mit sehr großen Kosten verknüpft; dennoch haben wir es mit den wenigen Mitteln unternommen, sie zu beginnen. Wir hielten am 24. December in Ganderkesee eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“, Referent Herr Henke aus Bremen. Der Redner entledigte sich seines Auftrages in der besten Weise. Die Bewohner waren trotz der grimmigen Kälte zahlreich erschienen, so daß das Lokal überfüllt war. Die Versammlung verlief in der ruhigsten Weise, und sämmtliche Anwesende hörten den Ausführungen des Redners mit der gespanntesten Aufmerksamkeit zu. Am 26. hielten wir eine Volksversammlung in Wildeshausen ab mit eben derselben Tagesordnung. Sie war über unser Erwarten sehr stark besucht, denn aus diesem Städtchen von ca. 2200 Einwohnern waren gegen 350 Personen erschienen. Alles hörte in lautloser Stille dem Vortrage des Herrn Henke zu und spendete demselben am Schlusse seines Vortrages lebhaften Beifall. In beiden Versammlungen wurde die Candidatur des Hrn. Frick als die der Arbeiterpartei empfohlen und diesbezügliche Resolutionen einstimmig angenommen. Es wurde zur Interpellation mehreremal aufgefordert, aber Niemand meldete sich zum Wort. Als wir uns von den Anwesenden verabschiedeten, baten sie uns, doch recht bald einmal wieder zu kommen und Herrn W. Frick mitzubringen. Jeder kann sich wohl denken, wie erfreut wir hierüber waren, denn wir sahen unsere Mühen reichlich belohnt dadurch, daß es auch hier in den Köpfen der Landbevölkerung zu tagen beginnt.

Das Arbeiter-Wahlcomité.
J. A.: W. Eisner, Vorsitzender.

Minden (Westfalen). Donnerstag den 26. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, hatten wir eine Versammlung in der Tonhalle angesetzt, in welcher unser Candidat W. Frick aus Bremen sein Programm entwickeln sollte. Diese Versammlung konnte leider

nicht stattfinden, indem Frick erst Nachts 10 Uhr ankam. Die für denselben Abend in dem benachbarten Rehme angesetzte Versammlung hielt ich ab, wobei mich mehrere Parteigenossen begleiteten. Nachdem ich den Landleuten und Arbeitern auseinandergesetzt, daß sie zu ihrem Heile weder von den Vertretern der nationalliberalen Partei, noch von Sr. Majestät allergetreuester Opposition, noch von den Agrariern etwas zu erwarten hätten, so sollten sie am 10. Januar für den von uns empfohlenen Candidaten stimmen, was die Versammlung auch einmüthig durch die Abstimmung versprach. — Den andern Tag ging es nach dem 8 Stunden von hier entfernten Rahden. Wir waren zu Dritt — Frick, meine Wenigkeit und unser fliegender Buchhändler, welcher das sozialdemokratische Gift mit verbreiten half. Frick sprach in 1½stündiger Rede zu der Versammlung und erläuterte, was die alten Parteien in dem letzten Reichstag gethan, und was sie ferner thun würden; ferner, daß der vorige und jetzt wieder vorgeschlagene Vertreter v. Etzel, General a. D., allen volksfeindlichen und reaktionären Gesetzen seine Sanktion gegeben hätte, und daß derselbe besonders rühmend hervorhebe, daß sie das eiserne Militärbudget zu Stande gebracht hätten. Redner beleuchtet dieses Gesetz und sein Zustandekommen. Er erklärt seinen Standpunkt und ersucht, wenn die Versammlung mit seinen Anschauungen einverstanden sei, ihm am 10. Januar ihre Stimmen zu geben. — Zum Worte meldet sich ein Herr Lehrer Levysohn und erklärt sich als glühender Monarchist. Er erzählt über das Thaten und Rathen der nationalliberälen Partei, der er selbst zwar nicht angehöre, denn er sei Fortschrittsmann, und wie sie gewiß die mangelhaften Gesetze, die sie fabrizirt hat, noch verbessern würde. Mit den Millionen für Militärzwecke sei es auch nicht so schlimm, denn auch das Militär esse und trinke und brauche Kleider. — Unser Candidat erwiderte dem wackeren Stumpredner: „daß er sich nur über Eines wundere, daß sein geehrter Herr Vorredner ein Lehrer sei — er möchte ihm doch die Adressen geben, wo die Bücher zu haben seien, aus denen er seine volkswirthschaftlichen Kenntnisse geschöpft habe. (Gelächter.) Er wolle den Vorredner gewiß nicht lächerlich machen — der besorge das selbst! — aber er müsse sich doch ernstlich wundern über solche Unkenntniß! — Die Versammlung verlief ganz gut und die Mehrzahl versprach für den Candidaten Frick zu stimmen. — Donnerstag war Versammlung in der Tonhalle in Minden. Zum Vorsitzenden war gewählt Domeier, zum Schriftführer Sipert. Frick sprach 1½ Stunden über die Wirksamkeit der alten Parteien in Betreff der Gesetzgebung und erläuterte, was wir wollen. Er beleuchtete die Wirksamkeit Etzel's, d. h. seine Abstimmungen, denn eine weitere Thätigkeit ist nicht zu verzeichnen, was ja vielleicht auch kein Unglück ist, und ersuchte die Versammlung, wenn sie mit seinen Ausführungen einverstanden sei, ihm am 10. Januar ihre Stimmen zu geben. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und verlief ohne Störung, da Gegner sich nicht meldeten.

Emil Roland.

Bernburg, 30. Dez. Unsere gegnerischen Lokalblätter stießen nach der am 11. abgehaltenen Versammlung in die Posaune der Entrüstung; sie vermochten nicht zu begreifen, weswegen die Leute sozialistische Vorträge besuchen und sich die Mühe geben, die „Irrlehren" mit anzugehören. Trotz alledem war die heutige Versammlung überfüllt; aus allen Ständen waren Vertreter erschienen. Der Reichstagsabgeordnete Hr. Hasenclever, welcher unsere Einladung angenommen hatte, sprach über die Thätigkeit des deutschen Reichstags und die Reichstagswahl. Der 1½ stündige Vortrag fand allgemeine Anerkennung selbst von Mitgliedern jener Parteien, deren Geschichte der Referent verdientermaßen gegeißelt hatte. Der Reichstagsabgeordnete des 2. Anhaltischen Bezirks, Herr Dr. Kr. Kraatz in Güsten, war unserer Einladung nicht nachgekommen und brachte uns dadurch um das Vergnügen, seine liberalen Ansichten zu hören. Nach dem Referat wollte trotz Aufforderung die Diskussion nicht in Fluß kommen, bis endlich der Schlossermeister Gille seine Ansichten entwickelte und für den Candidaten der konservativen Partei eintrat. Ihm folgte ein alter Bekannter, Herr Culm, welcher konstatirte, daß er nichts gegen die Ausführungen einzuwenden hätte; jedoch müsse er sich gegen die Sozialisten erklären, weil ihre Friedensliebe Heuchelei sei. Dies beweise die sozialistische Bewegung in Carthagena und die Pariser Commune. Ohne Grund werde die liberale Partei angegriffen; sie hätte immer und ewig gerungen für die Freiheit und eine gesunde Entwicklung des Volkes u. s. w. Herr Hasenclever deckte in seiner Entgegnung die flache Geschichtskenntniß des Vorredners auf, gab ein Bild der Bewegung von 1848, an welcher Herr Culm selbst theilgenommen hatte. Die Schilderung, wie unser werther Gegner in jener Zeit mit der Hahnenfeder auf dem Hut, voller Stolz einhergeschritten sei, erregte allgemeine Heiterkeit; in gleicher Weise wirkte die drastisch durchgeführte Kritik des Liberalismus. Dem Herrn Culm trat noch Herr Zwiebler entgegen und brachte denselben beinahe zur Verzweiflung. Er erklärte: Herr Culm habe vor 3 Jahren unseren Parteigenossen bei der damaligen Wahlcampagne erklärt, gebt mir 5 Thlr. und ich spreche für Euch. Ein Mann, der solch ein Gesinnungslump sei, ehre bestimmt nicht die liberale Partei. Herr Culm, welcher sich ob dieses Wortes unruhig hin- und herbewegte, wollte vor den noch eingeschriebenen Rednern sprechen, schwang sich auf die Bühne und sprang wie ein Seiltänzer um den Vorsitzenden herum. Hierdurch entstand solch ein Skandal, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Der Ertrag der Tellersammlung ergab 62,90 Pf.

Schäfer, Schriftführer.

Haßlau. (Ein „reingefallener" Reichstagskandidat im 19. sächs. Wahlkreis.) Am 1. Januar sollte in Oberhaßlau im Bogenstein eine vertrauliche Besprechung stattfinden, wozu der Reichstagskandidat Baumeister Uhlmann aus Stollberg mit noch einigen Genossen aus Stollberg, Schneeberg u. s. w. eingetroffen waren. Der Gemeindevorstand eröffnete die „Versammlung" — denn eine vertrauliche Besprechung war bei ca. 500 anwesenden Wählern nicht mehr denkbar — und bemerkte, daß der Reichstagskandidat Uhlmann sein Programm vortragen werde. Diskussion fände nicht statt, weil es nur eine „vertrauliche Besprechung" sei. Jetzt brach der Sturm los. Von allen Seiten schallte es: „Zur Geschäftsordnung!" — „Vorsitzenden wählen!" — Ein anwesender Bürger verlangte hierauf, daß man erst einen Vorsitzenden wählen solle und daß Diskussion stattzufinden habe, dieses sei nothwendig und für den Candidaten nur empfehlenswerth. Der Candidat versicherte, daß er keine Opposition fürchte, und es läge der Fehler, daß keine Versammlung tagen dürfte, an dem Einberufer — dem Gemeindevorstand selbst. Der Gemeindevorstand aber hatte den Gemeindediener eigens herumgeschickt und zur Versammlung einladen lassen. Für seine ungeschickte Handlungsweise bekam der Gemeindevorstand von den Anwesenden einen gehörigen Rüffel. Man rief: Da keine Diskussion stattfinden dürfe, sondern nur eine „vertrauliche Besprechung", so möge Uhlmann mit seinen Gesinnungsgenossen sich „vertraulich besprechen"; die Anderen aber, die nicht dazu gehörten, möchten den Saal verlassen. Kaum war diese Aufforderung ergangen, als die ganze Versammlung, mit Ausnahme der wenigen Uhlmänner, in donnernde Hochs auf Liebknecht ausbrach und bis auf 10 oder 12 den Saal verließ. So machen auch die Gegner noch Propaganda für uns.

Penig, 30. Dezember. Die für gestern Abend in's hiesige Schützenhaus einberufene Volksversammlung, in welcher Parteigenosse Bebel mit Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen referirte, war so stark besucht, daß Saal, Gallerien und Nebenräume dichtgedrängt voll standen und Viele wegen Mangel an Platz umkehren mußten. Wichtig ist, daß auch die Landbevölkerung sehr stark vertreten war. Punkt 8 Uhr begann die Versammlung. Bebel hatte bis ungefähr ¾10 Uhr unter ungetheilter Aufmerksamkeit — auch der zahlreichen Gegner — gesprochen, als plötzlich der nebst zwei Gensdarmen die Versammlung überwachende Bürgermeister — der Mann heißt Clauß und hat sich als Polizeiassessor in Chemnitz schon seine Sporen verdient — aufsprang und, den Referenten unterbrechend, die Frage an ihn richtete, ob er sich zu dem von ihm ausgesprochenen Satze bekenne: daß die anderen Parteien in den Soireen bei Herrn von Bismarck zusammenkämen, um dort hinter verschlossenen Thüren zu verhandeln und die Gesetze zu verpfuschen. Bebel hatte nämlich kurz zuvor das Treiben der Liberalen gegeißelt und dabei den erwähnten Ausspruch gethan. Das Spaßhafte war, daß der Herr Bürgermeister länger als 5 Minuten bedurfte, um sich über die Frage, die er stellten wollte, schlüssig zu machen. Bebel beantwortete dieselbe ohne Weiteres mit „Ja", worauf der Mund des weisen und noch sehr jugendlichen Stadtvaters von Penig verkündete: „Dann erkläre ich dies für eine Beleidigung des Reichstags (!!!) und fordere den Herrn Vorsitzenden auf, dem Redner das Wort zu entziehen." Bebel protestirte, dazu habe der Bürgermeister kein Recht; habe er sich der ihm unterstellten Handlung schuldig gemacht, so möge er ihn gerichtlich belangen. Der Bürgermeister antwortete, er werde seine Handlungsweise vertreten und die Versammlung sofort schließen, wenn der Vorsitzende seinem Verlangen nicht Folge leiste. Bebel erwiderte darauf, daß er seinerseits über diese Art des bürgermeisterlichen Auftretens den Beschwerdeweg betreten werde, und erklärte, zur Versammlung gewendet, daß er jetzt seinen Vortrag schließen, aber bei einer eventuellen engern Wahl im 14. Bezirk wiederkommen wolle, um weiter über sein Thema zu sprechen. Ein minutenlanger, sich mehrmals wiederholender Beifallssturm, der diesen Worten folgte, mochte unserem verdutzt dasitzenden Stadtvater zeigen, was er mit seinem Vorgehen eigentlich erreicht hatte. Darüber sind wir hier Alle einig, daß dieses Vorgehen den Sozialdemokraten ein paar hundert Stimmen mehr einbringen wird. Die Vorgänge des gestrigen Abends bilden heute in Stadt und Umgegend das allgemeine Tagesgespräch, und es sind keine Lobeshymnen, die man allgemein über das Benehmen des Bürgermeisters hört.

Nachdem der Beifallssturm, welcher den Worten Bebel's folgte, sich gelegt, trat Parteigenosse Julius Rauschenbach auf und schlug eine Resolution vor, wonach die Versammlung erklären sollte, weder dem liberalen Candidaten, Herrn Hugo Scharf in Leipzig, noch dem conservativen, Bürgermeister Heinrich in Borna, ihre Stimmen zu geben, sondern einem Candidaten, der mit dem Referenten auf gleichem Boden stehe, dem Redakteur Bruno Geiser in Leipzig.

Bei der Abstimmung erhob sich ein Wald von Händen für Geiser; der Einzige, der bei der Gegenprobe die Hand erhob, war — der Bürgermeister, was ein homerisches Gelächter hervorrief. Hierauf schloß der Vorsitzende, Parteigenosse Carl Pfueller, die Versammlung.

Viele, die in der Versammlung anwesend gewesen, warfen später die Frage auf, ob der Bürgermeister als überwachender Beamter sich an der Abstimmung betheiligen durfte. Bebel erklärte, daß ein Gesetz dies nicht verbiete, daß es aber einfach ein Gebot des Taktes und des politischen Anstandes bedingte, daß der Bürgermeister sich in seiner offiziellen Eigenschaft der Parteinahme enthalten hätte. Der allgemeine Eindruck des bürgermeisterlichen Benehmens ist, daß derselbe weit mehr als conservativer Parteimann, denn als Beamter sich benommen habe; sein Ansehen in der Bevölkerung ist dadurch nicht gestiegen.

An die Parteigenossen im 8. Hannover'schen Wahlkreise.

Der 10. Januar, der Tag der Wahlschlacht rückt heran, an Euch liegt es nun, diesen Tag zu einem Siegestage für die Idee des Sozialismus zu verzeichnen.

Das Arbeiterwahlcomité bittet Euch, und zwar alle Diejenigen, welche noch Zeit haben in diesen Tagen für das Arbeiterwahlcomité thätig zu sein, auch alle Diejenigen, welche am Mittwoch, 10. Januar, an den Urnen stehen können, sich frühzeitig auf dem Bureau, Mittelstraße 11, zu melden.

Alle, welche am 10. Januar thätig sind, müssen spätestens um 8 Uhr Morgens auf dem Bureau erscheinen.

Das Arbeiterwahlcomité.

Briefkasten

der Redaktion. W. Thdt in Dresden: An Gedichten haben wir Vorrath für lange Zeit.

der Expedition. Expedition der „Freien Zeitung", Bremen: Vorsitzender des Wahlcomités ist Chr. Hadlich, Färberstraße 12.

Quittung. B. H. Rk hier Ab. 1,80. Krstn Neureudnitz Ann. 0,60. Hß Philadelphia Ab. 125,00. Ortl Kellinghusen Ab. 10,40. A. Brnr Zwickau Ab. 30,00. Hnck Berlin Ab. 3,00. J. Jhn Freudenthal Ab. 6,21. Hlbrnd Orawitza Ab. 4,04. S. Brth Mainz Ab. 14,30 u. 50,55, Schr. 5,75. Hrbg Würzburg Ab. 25,00. Grbnstn Lindenau Ab. 16,10. Rthk Treptow Schr. 1,50. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Brthl Jackowitz Ab. 6,40. Wchtr Bludenz Ab. 5,05. Hrtz Cöln Ab. 3,00. Frnff Sachsenhausen Ab. 10,00. Plk Weißkirchen Ab. 9,02. Mrtn hier Ab 2,40. Zmr Liège Ab. 1,61. Tchrt Cottbus Ab. 6,91. Schld Straßburg Ab. 9,18. Slbrhrn Eßlingen Ab. 11,77, Schr. 5,00. Albrtz Eßlingen Ab. 18,00. Busch Dortmund Schr. 13,82. Pnngr Bremen Ab. 39,00. Pfrtschnr Hohenstein Schr. 5,80. Rtzschmnn Connewitz Ab. 3,40. Lmbrt Emmerich Schr. 3,00. Mth Wiedenbrück Schr. 3,40. Frckr hier Ab. 1,60. Schmdt hier Ab. 3,20. Stzl Teplitz Ab. 3,20. Fchverein der Tischler Cöln Ann. 0,80. Glf hier Ab. 1,80. Wßlr hier Ab. 0,60. Ullrch hier Ab. 3,35. Khlmm Bielefeld Ann. 1,00. Tbrt Connewitz Ab. 5,45. Hrsm Debestawce bei Kolomea Ab. 3,25. R. Tbrsk Ziegenhals Ab. 1,60. H. Grmm Kopenhagen Ab. 4,49. Grstmr München Ab. 200,00. Grmr Halle Ab. 50,00. Arbeiterverein Innsbruck Ab. 8,13. Tlzl Wien Ab. 8,13. Arbeiterverein Wiener Neustadt Ab. 1,71. A. Sbtszk Wien Ab. 3,20. Irgns Crottdorf Ab. 2,00 u. 1,90. F. Stcklbrg Paris Ab. 4,00. Wzlwk Erbach Schr. 3,15. Gewerkschaft d. Sattler Wien Ab. 7,00. Trst Kleinzschocher Ab. 1,25. Arbeiterwahlcomité Cöln Ann. 1,00. Dr. Irmr hier Ab. 1,80. Krß München Ab. 158,25. Ullrch Offenbach 32,70. Schnn Calbe Ab. 4,30. Rrg Mauche Ab. 3,00. Sktjn Wien Ab. 13,66. Bb. Wien Ab. 4,88. Armnn Wiesenberg Ab. 3,25. Stpnff hier Ab. 0,45. Slbrbrg Wien Ab. 16,00. Rppf Graz Ab. 4,80.

Wahlfonds.

B. K. hier 13. Wahlkr. 3,00, gesammelt von Gästen der Kupperschen Restauration hier 2,30, durch Bohne Ernsthal 7,50, v. Arbeitern der Starkeschen Schneiderwerkstatt hier 8,50, v. Wzlwk Erbach 1,00, v. B. Großenhain 3,00, v. S. hier 2,10, v. F. Meerane 3,00. Durch Förster Gohlis (nachträglich vom 19. Dezbr.) 4,70. Aus der Richterschen Schneiderwerkstatt 3,00. Liste 3 d. Tollkmitt 8,90. Liste 54 v. Eigarrenarbeitern 0,90. Wölker 1,50. Liste 59 d. Holtmann 6,10. C. H. Möritz 1,00. Liste 88 8,40. Liste 89 0,20. Vom Club Morgenroth hier 7,77.

Wer noch weitere Gelder für den Wahlfonds in Händen hat, wird ersucht, sie abzuliefern.

Für das Centralwahlcomité:
Peter Krebs, Ulrichsgasse 60.

Dresden. Mittwoch, den 10. Januar, im Saale der „Centralhalle":

Großes Wahlfest

bestehend in Concert, Declamation, Ansprachen, Verlesung der Wahlresultate. [3,60

Anfang 7½ Uhr. Entree 20 Pfg.

Das Centralwahlcomité.

NB. Alle Depeschen bitten wir nach der „Centralhalle" an Schlüter zu schicken.

Hannover. Dienstag, den 9. Januar, im Saale des „Ballhofes":

Große Volksversammlung.

Tagesordnung:

Unsere Gegner im Kampfe um die Gesetzgebung. Referent: H. Meister.

J. A. des Wahlcomités:
H. Rudolph. [90

Kiel. Arbeiter-Sängerbund.

Montag, den 15. Januar, Abends 7 Uhr, im „Englischen Garten"

Maskerade.

Karten für Herren 80 Pfg., Damen 40 Pfg. sind zu haben an den bekannten Stellen. 2a Das Comité. [1,80

Leipzig. Mittwoch, den 10. Januar 1877, in der „Tonhalle":

Großes Wahlfest

bestehend in **Concert, Gesang, Ansprachen und Verlesung der Wahlresultate.**

Anfang Abends 7 Uhr. Entrée für Herren 20 Pf.

Wir bitten die Parteigenossen, alle Zuschriften und Depeschen an das unterzeichnete Wahlcomité zu richten.

Das Centralwahlcomité des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises.

J. A.: Chr. Hadlich. [480

NB. Die Telegrammadressen müssen lauten: „Centralwahlcomité Leipzig, „Tonhalle"".

Leipzig. Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Gegner der Sozialdemokratie mit besonderer Berücksichtigung des Programms des Hrn. Dr. Stephani. Referent: A. Bebel.

Das sozialdemokratische Wahlcomité. [110

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Sonntag, den 7. Januar, im „Eldorado":

Weihnachtsbescheerung.

Die Mitglieder und Gönner des Vereins ladet hierzu freundlichst ein Der Vorstand. [2,10

Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Leipzig. Gewerkschaft der Schuhmacher.

Montag, den 8. Januar, im **Thüringer Hof**, Burgstraße Nr. 20: **Versammlung.** (F 196)

Tagesordnung: 1) Gewerkschaftliche Angelegenheiten. 2) Aufnahme neuer Mitglieder. 3) Fragekasten.

NB. Auch werden hiermit sämmtliche Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, das vom 1. Februar l. J. an streng nach § 6 der Krankenkassen-Statuten verfahren wird. D. Bevollm. [80

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Montag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, im Thüring. Hof (Burgstr.): **Versammlung.** Tagesordnung: Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission.

Collegen, die den Verein auch nicht angehören, werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden. Den restirenden Mitgliedern zur Beachtung, daß dies die letzte Versammlung vor der Abrechnung ist, und dann nach dem Statut verfahren wird. D. V. [80

Bekanntmachung.

Der Redakteur Herr Jakob Christian Marbach ist wegen der in Nr. 57 des „Volksstaats" von diesem Jahre und zwar in dem „Die Kinderarbeit und die Fabrikinspektoren" überschriebenen Artikel enthaltenen Beleidigung des Fabrikinspektors bez. Beamter der Polizeibehörde zu Berlin in Beziehung auf ihren Beruf nach § 185, 186, 73 und 196 des Reichs-Strafgesetzbuchs zu 200 Mark Geldstrafe und Tragung der Untersuchungskosten verurtheilt worden, was in Gemäßheit des § 200 des gedachten Gesetzbuchs auftragsgemäß hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 29. December 1876.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht.
Abtheilung für Strafsachen.
Bieler.

Für den Wahlkampf.

Soeben sind erschienen und durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?

Ein sozial-politisches Gespräch.
Von **H. Oldenburg.**

Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.

Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.
Von **Wilhelm Bracke.**

Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.

Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!"

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 105,000.

Braunschweig, 28. November 1876.

(26) **W. Bracke jr.**

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig